

Resolution

GEGEN INITIATIVE „PRO SERVICE PUBLIC“

Die Volksinitiative mit dem verführerischen Titel «Pro Service public» gibt vor, den Service public in der Schweiz stärken zu wollen. Doch würde sie vom Volk angenommen, bewirkte sie wohl genau das Gegenteil dessen, was sie eigentlich anstrebt oder zumindest im Namen führt.

Gute Dienstleistungen, günstige Preise und keine Managerlöhne, die über dem Niveau eines Bundesratslohns liegen. Diese populären Anliegen werden wir Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sofort unterschreiben. Nur: Sie stehen so nicht in der Initiative, sondern sie wurden von den Initianten andernorts genannt.

Der Text der Initiative verlangt nicht günstige Preise, er verbietet vielmehr das Anstreben von Gewinnen und die Quersubventionierung anderer Verwaltungsbereiche. Die Initiative sagt auch nicht, dass die Manager der Bundesbetriebe nicht mehr als ein Bundesrat verdienen sollen. Der Initiativtext fordert lediglich, dass der Bund dafür sorgen muss, dass die Löhne und Honorare der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieser Unternehmen nicht über denjenigen der Bundesverwaltung liegen. Eine gute Grundversorgung in der Fläche und in allen Landesteilen wird mit keinem Wort erwähnt.

Die Initiative will den Bundesunternehmen verbieten Gewinne zu erzielen. Die Unternehmen müssen jedoch freie Mittel erarbeiten können, um mit der technischen Entwicklung mithalten und gezielt investieren zu können. Das gilt für die Swisscom ebenso wie für Post und SBB. Ein guter Service public ist auf starke Bundesunternehmen angewiesen. Sie erzielen einen Umsatz von rund 30 Milliarden Franken und bieten gegen 100'000 Menschen Arbeit. Dadurch haben sie eine auch volkswirtschaftlich eine grosse Bedeutung.

Völlig daneben zielt die Initiative mit ihrer Forderung Quersubventionierung zu verbieten. Jeder Service public ist nichts anderes als eine Quersubventionierung, früher beispielsweise vom Telefon zur Post, jetzt von der Postfinance zum Poststellennetz oder vom Fernverkehr zum Regionalverkehr. «Quersubventionierung» bedeutet insbesondere auch, dass die rentablen Angebote in den Zentren die unrentablen in den Randregionen finanzieren.

Der Service public ist wegen massiven Sparprogrammen in Bund, Kantonen und Gemeinden unter grossem Druck. Die Folge sind Personalabbau, Auslagerungen und Privatisierung von ganzen Bereichen, was die Grundversorgung der Bevölkerung verschlechtert und verteuert. Die Initiative wird dieser Problematik nicht gerecht, weil sie sich ausschliesslich gegen einige bekannte und publikumsträchtige Missstände bei Bahn, Post und Telekommunikation wendet. Sie schadet letztlich dem Service public und wird den Privatisierungsdruck noch verschärfen. Sie muss deshalb vom Gewerkschaftsbund und seinen Verbänden klar abgelehnt und aktiv bekämpft werden.

Das Nein zur Initiative ist kein Nein zum Service public! Im Gegenteil: Weil wir einen starken Service public wollen, lehnen wir diese Initiative entschieden ab!